

**WILLY BRANDT
25 JAHRE
FRIEDENSNOBELPREIS**

Schriftenreihe der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung
Heft 1

Herausgeber:
Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung
Der Vorstand:
Dr. Gerhard Groß (Vorsitzender)
Dr. Dieter Dowe
Prof. Dr. Gregor Schöllgen

Redaktion:
Dr. Wolfram Hoppenstedt, Carsten Tessmer

© 1998 by Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung
im Rathaus Schöneberg
John-F.-Kennedy-Platz
D-10825 Berlin
Tel.: 030/787707-0
EMail: info@willy-brandt.org
Internet: <http://www.willy-brandt.org>

Gestaltung:
Fürstenberg Kommunikation & Design,
Muhr am See
Realisation und Druck:
Druckerei Wenng GmbH, Dinkelsbühl
Bildnachweis: BWBS und poly-press, Bonn (Seite 3)

Alle Rechte vorbehalten
Printed in Germany 1998

ISSN 1434-6176
ISBN 3-933090-00-8



„Mein eigentlicher Erfolg war, mit dazu beigetragen zu haben, daß in der Welt, in der wir leben, der Name unseres Landes und der Begriff des Friedens wieder in einem Atemzug genannt werden können.“

Willy Brandt

Vorwort des Vorstandsvorsitzenden der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung Dr. Gerhard Groß	7
Begründung des Nobelkomitees für die Verleihung des Friedensnobelpreises an Bundeskanzler Willy Brandt	9
Grußwort des Kuratoriumsvorsitzenden der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung Bundespräsident a. D. Dr. h. c. Walter Scheel	11
Grußwort der Bezirksbürgermeisterin von Berlin-Schöneberg Dr. Elisabeth Ziemer	15
Grußwort des Regierenden Bürgermeisters von Berlin Eberhard Diepgen	17
Grußwort des Vorsitzenden der Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands im Deutschen Bundestag Rudolf Scharping	19
Grußwort des Staatsministers beim Bundeskanzler Anton Pfeifer	23
In Erinnerung an Willy Brandt Festrede des Ersten Bürgermeisters a. D. Dr. Klaus von Dohnanyi	25

**Vorwort des Vorstandsvorsitzenden
der Bundeskanzler-Willy-Brandt-
Stiftung**

Dr. Gerhard Groß

Das Nobelkomitee des Norwegischen Storting zeichnete Bundeskanzler Willy Brandt am 10. Dezember 1971 in Oslo mit dem Friedensnobelpreis aus. Dieser für Willy Brandt und unser Land so bedeutende Tag jährte sich im Dezember 1996 zum fünfundzwanzigsten Male. Die Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung richtete aus diesem Anlaß im Rathaus Schöneberg in Berlin - dem Sitz der Stiftung - einen Festakt aus und stellte sich hierbei erstmals der Öffentlichkeit vor. Der Vorsitzende des Kuratoriums der Stiftung, Bundespräsident a. D. Dr. h. c. Walter Scheel, konnte über 500 Gäste aus dem In- und Ausland im Bürgersaal des Rathauses begrüßen.

Walter Scheel hat aus der Sicht des früheren Außenministers und Vizekanzlers der Regierung Brandt in seinem Grußwort eindrucksvoll die politische und menschliche Größe des sozialdemokratischen Politikers nachgezeichnet und gewürdigt. Freiheit, Frieden und Solidarität - für diese politischen Grundwerte habe Willy Brandt Zeit seines Lebens gekämpft.

Alle Persönlichkeiten, die vor der Festversammlung sprachen, stellten Willy Brandts Verdienste um die Aussöhnung mit den Staaten Osteuropas und seine richtungsweisenden Entscheidungen für eine neue Deutschlandpolitik als seine bedeutendsten politischen Leistungen heraus. Bei der Würdigung des Politikers Brandt bestand in den Redebeiträgen Übereinstimmung darüber, daß sein politisches Handeln von Weitsicht, ausgeprägtem Realitätssinn und einem tiefen Friedenswillen bestimmt worden ist. Durch die Ost- und Deutschlandpolitik Willy Brandts sei zugleich das Fundament für eine europäische Friedensordnung und für den Weg

zur deutschen Einheit im Jahre 1989 geschaffen worden.

Die Festrede von Dr. Klaus von Dohnanyi hat weit über Berlin hinaus Beachtung gefunden. Der Festredner betonte den großen Mut, der notwendig ist, um eine auf Realitätssinn beruhende Politik zu vertreten und umzusetzen. Willy Brandt habe diesen Mut auf einem schwierigen Weg außen- und deutschlandpolitischer Entscheidungen bewiesen und dabei dem kurzatmigen Drängen einer vorurteilsbeladenen öffentlichen Meinung widerstanden. Dr. Klaus von Dohnanyi sieht in dem politischen Vermächtnis Willy Brandts eine Aufforderung an und für die Politik, auch in der aktuellen politischen Situation den Mut aufzubringen, bisherige Positionen zu überprüfen und neue Standorte zur Sicherung des Bewährten und Gewonnenen zu finden. Nur auf diese Weise können nach seiner Einschätzung die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Probleme, die sich für Deutschland und seine europäischen Partner aus dem technischen Fortschritt, der Rationalisierung und der Globalisierung stellen, bewältigt werden.

Im Rathaus Schöneberg - dem Ort, an dem Willy Brandt als Regierender Bürgermeister von Berlin die Geschicke der Stadt durch schicksalhafte Jahre gelenkt hat - eröffnete der Kuratoriumsvorsitzende im Anschluß an den Festakt die Dauerausstellung über das Leben und Wirken Willy Brandts. Die Ausstellung ist ein Gemeinschaftswerk der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung und des Willy-Brandt-Archivs im Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn. Ihr Motto „Um die Freiheit kämpfen“ weist auf eine der wichtigsten Leitlinien im Leben Willy Brandts hin. Viele Gäste aus dem In- und Ausland haben die Willy-Brandt-Ausstellung seit ihrer Eröffnung besucht und als hervorragende Gelegenheit zur Information und politischen Bildung gewürdigt. Kuratorium und Vorstand der Stiftung

wünschen sich, daß diese Erfahrung noch einer großen Zahl von Menschen zuteil wird. Als Vorstandsvorsitzender möchte ich deshalb die Einladung des Kuratoriumsvorsitzenden zu einem Besuch der Ausstellung erneuern.

Der Begründungstext zur Verleihung des Friedensnobelpreises an Bundeskanzler Willy Brandt und alle Redebeiträge des Festaktes wurden in diese Broschüre aufgenommen. Mit ihr legt die Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung das erste Heft ihrer Schriftenreihe vor, in der künftig über Veranstaltungen der Stiftung berichtet werden wird.

Begründung des Nobelkomitees für die Verleihung des Friedensnobelpreises an Bundeskanzler Willy Brandt

In der ganzen Nachkriegszeit stellte das politisch ungelöste Deutschlandproblem eine latente Gefahr für den Frieden dar. Viele gute Kräfte haben sich in diesen Jahren eingesetzt in dem Versuch, Entspannung in dieses gefährliche, internationale Spannungsfeld zu bringen.

Das Nobelkomitee des Norwegischen Storting hat heute den Friedensnobelpreis für 1971 Bundeskanzler Willy Brandt zuerkannt. Das Nobelkomitee hat durch diese Wahl die Zweckbestimmung in Alfred Nobels Testament zu verwirklichen gesucht. Bundeskanzler Willy Brandt hat als Chef der westdeutschen Regierung und im Namen des deutschen Volkes die Hand zu einer Versöhnungspolitik zwischen alten Feindländern ausgestreckt. Er hat im Geiste des guten Willens einen hervorragenden Einsatz geleistet, um Voraussetzungen für den Frieden in Europa zu schaffen.

Die Voraussetzungen für eine friedliche Entwicklung sind eine politische und militärische Entspannung zwischen Ost- und Westeuropa. Das Nobelkomitee mißt der Tatsache Bedeutung bei, daß Willy Brandt sowohl als Außenminister der Bundesrepublik seit 1966 als auch als Bundeskanzler seit 1969 konkrete Initiative für eine solche Entspannung ergriffen hat.

Das Komitee hebt die Unterzeichnung des Vertrages über die Nichtverbreitung von Atomwaffen und die Unterzeichnung der Verträge mit Polen und der Sowjetunion über den Gewaltverzicht hervor. Das Komitee verweist weiter auf seine Bemühungen, der Bevölkerung von West-Berlin grundlegende Menschenrechte wie persönliche Sicherheit und volle Bewegungsfreiheit zu sichern.

Willy Brandt sieht eine Stärkung der Zusammenarbeit in Westeuropa als einen

integrierenden Teil eines Friedensplans für ganz Europa an. Auch bezüglich der Stärkung der wirtschaftlichen und politischen Zusammenarbeit in Westeuropa hat der Bundeskanzler wichtige Initiativen ergriffen.

Das Nobelkomitee sieht in diesem Gesamteinsatz einen wesentlichen Beitrag zur Stärkung der Möglichkeiten für eine friedliche Entwicklung nicht nur in Europa, sondern in der ganzen Welt.

Oslo, den 20. Oktober 1971

Aase Lionäs
Vorsitzende des Komitees zur
Verleihung des Friedensnobelpreises
und Lagtingspräsidentin

© 1971 by The Nobel Foundation

Quelle: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 184 vom 13. Dezember 1971, S. 1978.

Grußwort des Kuratoriumsvorsitzenden der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung

**Bundespräsident a. D.
Dr. h. c. Walter Scheel**

Sehr geehrter Herr Kommissar der Europäischen Union van Miert,
lieber Herr Bundespräsident von Weizsäcker,
Herr Fraktionsvorsitzender Scharping,
Herr Regierender Bürgermeister von Berlin,
Herr Ministerpräsident Stolpe,
Herr Staatsminister,
Herr Parlamentarischer Staatssekretär,
meine Damen und Herren Abgeordneten,
Frau Bezirksbürgermeisterin Dr. Ziemer,
Exzellenzen,
sehr geehrte Frau Dr. Seebacher-Brandt,
lieber Herr Professor Brandt,
meine sehr verehrten Damen, meine Herren,

als Vorsitzender des Kuratoriums der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung möchte ich Sie sehr herzlich begrüßen.

Es erfüllt mich mit großer Freude, daß sich so viele Gäste - aus Berlin, aus allen Teilen Deutschlands und nicht zuletzt aus dem Ausland - zur Feier des 25. Jahrestages der Verleihung des Friedensnobelpreises an Willy Brandt im Bürgersaal des Rathauses Schöneberg eingefunden haben.

Wir begehen diesen Festakt an einem Ort, der für Willy Brandt und seine Politik prägende Kraft hatte. Sein Name wird mit dem Schöneberger Rathaus und dem Schicksalskampf Berlins um die Freiheit immer verbunden bleiben. Und von Berlin aus hat Willy Brandt seinen Weg an die Spitze der deutschen Politik begonnen.

Durch Ihre Teilnahme am heutigen Festakt bringen Sie Ihre persönliche Verbundenheit mit Willy Brandt und Ihre Wertschätzung für sein Lebenswerk zum Ausdruck. Dafür danke ich Ihnen.

Der Deutsche Bundestag hat im Oktober 1994 beschlossen, die Bundeskanz-

ler-Willy-Brandt-Stiftung zu errichten. Sie soll mit der Wahrung des Andenkens an das politische Wirken Willy Brandts einen Beitrag zum Verständnis der Geschichte dieses Jahrhunderts und der Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland leisten.

Was hat Willy Brandt zu einer der herausragendsten politischen Persönlichkeiten der deutschen und europäischen Geschichte des 20. Jahrhunderts gemacht?

Freiheit, Frieden und Solidarität - das waren die politischen Grundwerte, für die Willy Brandt ein Leben lang gekämpft hat. Freiheit war für ihn neben dem Frieden das höchste Gut. Freiheit bedeutete für ihn Demokratie und Selbstbestimmung und nicht zuletzt Freiheit von materieller Not. Und Solidarität war für Willy Brandt - wie auch seine vielfältigen Bemühungen um die Lösung des Nord-Süd-Konflikts zeigen - nicht auf die eigene Gesellschaft beschränkt.

Willy Brandt hat seine politischen Ideale wie kaum ein anderer in seiner Zeit mit Glaubwürdigkeit und Überzeugungskraft den Herzen der Menschen nahebringen und vermitteln können, daß lebendige Demokratie Sache eines jeden einzelnen ist. Seine Stärke waren die Versöhnung und die Verständigung, das Aufeinander-Zugehen. Mit seiner Politik der inneren Reformen und seinem Aufruf, mehr Demokratie zu wagen, konnten sich viele identifizieren.

Es ist für mich persönlich von großer Bedeutung, daß ich den Weg Willy Brandts eine Zeitlang begleiten konnte. Sie werden sich fragen, warum ein ehemaliger Bundespräsident, der nicht der sozialdemokratischen Partei angehört, der Partei Willy Brandts, sondern der freien demokratischen Partei, Vorsitzender des Kuratoriums dieser Stiftung ist.

Als mir der Herr Bundespräsident diese Aufgabe antrug, habe ich nicht nur ohne Zögern zugesagt, sondern darin eine Chance gesehen, Dankbarkeit und Verbun-



denheit zu bekunden, die ich noch heute empfinde.

Ich habe Willy Brandt lange Jahre gekannt, habe ihn als Regierenden Bürgermeister von Berlin geachtet, als einen der jüngeren Reformer in der SPD geschätzt. Die Beharrlichkeit und die Umsicht, mit denen er seine Ziele verfolgte, beeindruckten.

Als das Ergebnis der für mich enttäuschenden Bundestagswahl 1969 eine Koalition zwischen SPD und FDP ermöglichte, haben wir den Wechsel in der Verantwortung gewagt. Es gab auch genug Gemeinsamkeiten, die dies rechtfertigten, und es war klar, daß Willy Brandt die „Große Koalition“ nicht fortsetzen wollte.

Dann begannen die fünf Jahre der Zusammenarbeit mit diesem bemerkenswerten Mann. Sein Habitus war eher konservativ. Er brauchte, um Modernität zu zeigen, kein modisches Gehabe, wie es heute üblich geworden ist. Er war empfindsam, wohl auch verletzlich. Nie verletzte er andere. Begriffe wie Moral, Recht und Gerechtigkeit spielten für ihn eine herausragende Rolle. Er war nicht kumpelhaft.

Ihn umgab eine Aura, ein Magnetfeld, das eine natürliche Distanz schuf.

Willy Brandt hatte das, was man Charisma nennt, die natürliche Begabung, Kreise zu interessieren, zu motivieren, ja zu begeistern, die heute der Politik fernbleiben: Intellektuelle, Künstler, die Jugend. Es entstand damals eine nie gekannte Aufbruchstimmung.

Dieser erste sozialdemokratische Kanzler seit vier Jahrzehnten war Visionär und Pragmatiker zugleich. Die Zusammenarbeit in der Koalition verlief nach einigen wenigen anfänglichen Störungen reibungslos. Willy Brandt war ein Vorbild an Zuverlässigkeit. Er war dem Partner gegenüber fair. Es gab keine Zumutungen, eher zeigte er sich großzügig. Die dem Kanzler zustehende Richtlinienkompetenz wurde - in einer Koalition eigentlich selbstverständlich - abgestimmt.

Wir begannen unsere Arbeit in einer Zeit großer politischer Veränderungen. Und wir nutzten die Chance, darauf gestaltend Einfluß zu nehmen.

Die Aussöhnung mit den Staaten und Völkern Osteuropas, denen von den Deut-

schen während des Zweiten Weltkrieges so viel Unrecht und Leid zugefügt worden war, lag Willy Brandt besonders am Herzen. Sein Kniefall vor dem Mahnmal des Warschauer Ghettos bewegt uns noch heute.

Seine zutiefst menschliche Initiative aufzugreifen und in gemeinsame Politik umzusetzen, wurde für mich zu einem der wichtigsten Abschnitte meines Lebens. Durch den Abschluß von Gewaltverzichts-erklärungen mit unseren Nachbarn im Osten und durch ein geregeltes Nebeneinander der beiden deutschen Staaten sollte der Weg freigemacht werden für eine europäische Friedensordnung.

Wir wußten, daß wir Deutsche uns auf die Wirklichkeit einlassen mußten, wenn wir die Lage der Menschen in Ost- und Westdeutschland verbessern und den Bestand der Nation bewahren wollten.

Die „neue Ostpolitik“ - verbunden mit einer pragmatischen Deutschlandpolitik „der kleinen Schritte“ - ist die bedeutendste politische Leistung Willy Brandts. Er hat die Versöhnungspolitik Konrad Adenauers mit den ehemaligen Kriegsgegnern im Westen durch die Aussöhnung mit den Staaten und Völkern Osteuropas ergänzt und dadurch eine umfassende Entspannungspolitik eingeleitet.

Das Nobelpreiskomitee hat seine außenpolitischen Leistungen in der Begründung für die Verleihung des Nobelpreises mit den Worten gewürdigt: „Bundeskanzler Willy Brandt hat als Chef der westdeutschen Regierung und im Namen des deutschen Volkes die Hand zu einer Versöhnungspolitik zwischen alten Feindländern ausgestreckt. Er hat im Geiste des guten Willens einen hervorragenden Einsatz geleistet, um Voraussetzungen für den Frieden in Europa zu schaffen.“

Meine Damen und Herren, wir ehren heute einen Staatsmann, der am Ende seines Lebens gesagt hat: „Mitgetan zu haben, daß der deutsche Name, der Begriff

des Friedens und die Aussicht auf europäische Freiheit zusammengedacht werden, ist die eigentliche Genugtuung meines Lebens.“

Zugleich eröffnen wir heute die große Dauerausstellung der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung. Ihr Motto „Um die Freiheit kämpfen“ weist auf eine der wichtigsten Leitlinien im Leben Willy Brandts hin.

Die wertvollen Exponate und Dokumente der Ausstellung wurden mit großer Sorgfalt ausgewählt. Die einzelnen Abschnitte der Ausstellung zeichnen den persönlichen und politischen Werdegang eines Mannes nach, der das Schicksal unseres Landes und Europas in so entscheidender Weise mitgestaltet hat.

Die Ausstellung richtet sich an die Berliner Bevölkerung und über die Grenzen Berlins hinaus an eine breite Öffentlichkeit. Ganz besonders möchte sie auch die Jugend und unsere Freunde im Ausland ansprechen. Ich bin überzeugt, daß sie rasch einen festen und herausgehobenen Platz in der Museums- und Ausstellungslandschaft Berlins finden wird.

Es genüge nicht, mahnte Willy Brandt in seiner denkwürdigen Rede anläßlich der Beisetzung seines Freundes Olof Palme in Stockholm, Erinnerungen wachzuhalten, sondern es komme darauf an, die Flamme nicht erlöschen zu lassen.

Möge der heutige Festakt einen Beitrag dazu leisten, daß die Flamme des persönlichen und politischen Vermächtnisses Willy Brandts weitergetragen wird!

Ich danke Ihnen.

**Grußwort
der Bezirksbürgermeisterin von
Berlin-Schöneberg**

Dr. Elisabeth Ziemer

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

als Vertreterin des Bezirkes Schöneberg und als Hausherrin freue ich mich besonders, mit dem heutigen Jubiläum den Beginn einer neuen Beziehung Willy Brandts zu Berlin und zu Schöneberg begleiten, vielleicht auch befördern zu dürfen.

Sechzehn Jahre lang hat Willy Brandt von hier aus - als Mitglied des Abgeordnetenhauses und als Regierender Bürgermeister - die Politik Berlins bestimmt und für Berlin gegenüber dem In- und Ausland geworben.

Wer anders als Willy Brandt, Emigrant und Widerständler, hätte glaubhafter für Entspannung und Versöhnung mit den Nachbarn eintreten können; und wer hätte dies nachdrücklicher tun können als er, der den Kalten Krieg jeden Tag am Pariser oder Potsdamer Platz beobachten konnte und der versuchen mußte, die besonderen Pressionen, denen die Berlinerinnen und Berliner an dieser Abbruchkante der beiden Blöcke unterlagen, wenigstens zu mildern.

Wie wenig mancher im Westen Deutschlands auch mangels dieser Erfahrungen von der Notwendigkeit des Gespräches mit dem Osten begriffen hatte, zeigte der realitätsferne Versuch im April 1972, die damalige sozialliberale Bonner Koalition unter Führung Brandts durch Mißtrauensvotum am Abschluß der Ostverträge zu hindern.

Immerhin hatte Bundeskanzler Willy Brandt einige Monate zuvor den Friedensnobelpreis in Oslo und damit internationale Anerkennung für gerade diese Bemühungen erhalten; immerhin war inzwischen eine Generation herangewachsen, die in

der Auseinandersetzung mit ihren Eltern über Nazideutschland die politische Integrität, wie sie Willy Brandt - abweichend von häufig nicht so eindeutiger Integrität anderer politischer Führungskräfte - verkörperte, dankbar aufnahm. Unsere Generation erlebte das Aufbrechen verkrusteter Block- und entsprechender Denkstrukturen wie das Hereinströmen frischer Luft in abgestandene Hinterzimmer.

Ich selbst saß damals, als die Stimmen im Bundestag ausgezählt wurden, mit Schulfreundinnen - kurz vor dem Abitur - voller Spannung am Radio. Der Sieg der Koalition hat uns erleichtert, wenngleich er haarscharf war und durch Gerüchte um Stimmenkäufe ins Zwielficht gerückt wurde. Die sich anschließenden vorgezogenen Neuwahlen mit ihrem grandiosen Erfolg für die Koalition zeigten, daß die Mehrheit in der Republik sowohl Willy Brandts politische Ideen teilte als auch die Begleitumstände des Mißtrauensvotums verurteilte. Aus eigener Biographie kann ich beisteuern, daß - abgesehen von in jener politischen Gemengelage auch getroffenen Entscheidungen wie dem Extremistenerlaß - solche Art der Machtpolitik abstieß und Wurzeln für die Grünen legte.

Die Entspannungspolitik der sozialliberalen Koalition, vor dem Hintergrund der Berliner Erfahrungen Brandts, hat das Ihre dazu beigetragen, daß die Vereinigung Deutschlands stattgefunden hat und daß sie friedlich stattgefunden hat. Für alles weitere allerdings sind wir heute in der Pflicht: wir, die wir in Berlin wieder am Pariser und Potsdamer Platz das Knirschen beim Zusammenfügen der beiden Deutschlands erleben und genauer wissen sollten, welcher Sand aus dem Getriebe beseitigt werden mußte, und Sie, die Sie - noch - von Bonn aus diesem Prozeß der Verständigung immer wieder mit geeigneten Rahmenbedingungen nachhelfen sollten.

Daß die Stiftung sich als Domizil und als Ort für die Dauerausstellung über das



Wirken von Willy Brandt Berlin und das Rathaus Schöneberg ausgesucht hat, ist dabei so folgerichtig wie anspornend. Ich glaube - und ich unterstelle der Stiftung Ähnliches - an die Magie von Orten. Der Bogen, den Willy Brandt selbst von hier nach Bonn und 1989 zurück nach Berlin schlug, soll uns motivieren, seine politischen Leistungen auf diesem Weg als Herausforderung an uns selbst anzunehmen.

Und wenn sich in Schöneberg auch nicht mehr der Berliner Regierungssitz befindet: Die Ära Brandt baut sich in eine zukunftsorientierte Tradition im Rathaus Schöneberg ein, einem Ort, an dem schon 1905 die erste Deputation für Wohlfahrtspflege in Deutschland gegründet wurde, wo man sich 1920 für die Schaffung von Groß-Berlin und eine umfassende Verwaltungsreform eingesetzt hat, bei der Schöneberg auch heute wieder mit an der Spitze wirkt.

Deshalb sage ich für den Bezirk sehr herzlich: Willkommen zu Hause und auf gute Zusammenarbeit!

Grußwort des Regierenden Bürgermeisters von Berlin

Eberhard Diepgen

Sehr verehrter Herr Scheel,
sehr geehrter Herr Scharping,
meine Damen und Herren,

viele der Großen in unserer Geschichte haben ihre Kraft aus ihrer Bereitschaft und Fähigkeit gewonnen, sich dem Schicksal zur Verfügung zu stellen, also bereit zu sein für neue und ungewohnte Entwicklungen. Willy Brandt gehörte zu diesen Menschen, die immer wieder ihrer Zeit voraus waren und mit einfachen, aber großen Gesten und Worten Stimmungen und Empfindungen aufgenommen, aber auch geprägt haben.

In der geteilten Stadt hat er den Berlinern das gegeben, was ihnen in der kältesten Zeit des Kalten Krieges am meisten fehlte: Mut, Zuversicht und Wärme. Es gab und gibt wenige Politiker, die es verstanden, ihre Zuhörer mitzureißen und Hoffnungen zu wecken. Der Regierende Bürgermeister Brandt war ein solcher Politiker: Ihm ist es zu verdanken, daß Berlin die Stürme nach Chruschtschow-Ultimatum und Mauerbau auch seelisch überstand. Für die Sicherheit freilich waren die Schutz-mächte zuständig.

In dem Moment, in dem die bisherigen deutschlandpolitischen Konzepte von Ulbricht und Honecker einbetoniert und auf den Gräben des Kalten Krieges die Mauer errichtet wurde, gelangte Willy Brandt zu Einsichten, die damals noch nicht alle verstanden, die sich aber dann als durchaus erfolgreich erwiesen. Ich meine die Grundsätze der neuen Ostpolitik. Sie brachte unsere Stadt, die bedrohte Insel im roten Meer, aus den Gewitterzonen der Weltpolitik und verschaffte der bundes-deutschen Außenpolitik eine neue Beweg-

lichkeit. Nach der Westbindung durch Adenauer erhielt die Bundesrepublik durch die Verträge mit der Sowjetunion, den osteuropäischen Nachbarn und der DDR neue Freiräume im Osten. Sie wurde der wichtigste Partner des Ostblocks in Europa. Kurzum: Brandts Ostpolitik machte die politischen Verhältnisse stabiler, den Kalten Krieg wenigstens ein Stück weit erträglicher, ja vielleicht sogar eine spätere Wiedervereinigung leichter.

Willy Brandt ist das Glück zuteil geworden, in den letzten Jahren seines Lebens einen politischen Traum wahr werden zu sehen - eine Gunst, die ihn, schon krank und den Atem des Todes spürend, zu Höchstformen auflaufen ließ. In den dramatischen Wochen und Monaten des Herbstes 1989 war es der Ehrenvorsitzende der SPD, der einen in westdeutscher Selbstgenügsamkeit und Selbstgefälligkeit weit entrückten demokratischen Patriotismus wieder glaubhaft verkörperte. In den großen Reden, die Brandt in dieser Zeit hielt, prägte er die Formel, mit der den Deutschen der historische Umbruch ins Bewußtsein trat.

Brandt bot denjenigen die Hand, denen die deutsche Einheit keinen Gedanken und schon gar keine Gefühlsregung mehr wert war. Er vertrat etwas, was die meisten - viele davon in der Spitze seiner eigenen Partei - nicht zu denken wagten: daß es mit der DDR zu Ende ging, daß die Jahre des europäischen Status quo abgelaufen waren. Als dann die Mauer fiel und in Berlin Freudenfeste gefeiert wurden, rief er von hier, dem Rathaus Schöneberg, der versammelten Menge jenen Satz zu, der bis heute ein geflügeltes Wort geblieben ist: „Jetzt wächst zusammen, was zusammengehört“.

In diesem Moment war Brandt seiner Partei um Jahre voraus. Denn im politischen Weltbild vieler der sogenannten Enkel hatte damals die Nation keinen Platz mehr. Und auch andere hatten sich mit der

**Grußwort des Vorsitzenden
der Fraktion der Sozialdemokratischen
Partei Deutschlands
im Deutschen Bundestag**

Rudolf Scharping

Verehrte Anwesende, meine Damen und Herren,

als Bundestagspräsident von Hassel die Sitzung des Deutschen Bundestages unterbrach, um den Abgeordneten mitzuteilen, daß Bundeskanzler Willy Brandt der Friedensnobelpreis verliehen werde, war es auf einmal ruhig. Dann gab es eine stehende Ovation, übrigens auch von den Rängen der CDU/CSU. Viele Menschen im Lande platzten förmlich vor Stolz, gerade die Jüngeren. Da war ein Mann ausgezeichnet worden, seine Politik, sein Mut, und übrigens auch seine Mitstreiterinnen und Mitstreiter. Es war ein Mann ausgezeichnet worden voller Wirklichkeitssinn und Weitsicht. Darüber will ich etwas sagen.

Willy Brandt hatte die Idee eines freiheitlichen und demokratischen Deutschland nie aufgegeben. Aus dieser Überzeugung heraus erwuchs sein Kampf gegen den Hitlerfaschismus. Dessen Ende hatte er herbeigesehnt, und er atmete auf, als es vorbei war.

Er hat aber auch an den Folgen gelitten, die dieses Ende für Deutschland hatte: Zerstörung und Teilung. Und er hat sich etwas gewünscht für die Zukunft: ein freiheitliches, ein demokratisches und auch ein europäisches Deutschland in einem. Das war eine Vision, eine Vorstellung mit Weitblick. Ein materiell und geistig darniederliegendes und geteiltes Deutschland war nichts, wovon nach Überzeugung Willy Brandts Europa und die Welt etwas Gutes zu erwarten hatten.

Es war also nicht nur deutsches Überlebensinteresse, auch die Klugheit der an-

deren legte es nahe, wieder ein Deutschland aufzubauen, das demokratisch fest begründet sein sollte, seine Einheit wieder herzustellen. Dazu bedurfte es Weitblick, und man mußte werben bei den Nachbarn, die von Deutschland gerade zum zweiten Male mit einem mörderischen Krieg überzogen worden waren. Dafür brauchte man Wirklichkeitssinn. Der Kampf um Berlin, die Abwehr des Kommunismus in den 40er und 50er Jahren, sie galten der Freiheit und der Demokratie im Westen Deutschlands und der unerläßlichen Hinwendung zur westlichen Welt. Es mag paradox klingen, aber erreicht war das endgültig in dem Augenblick, als die Mauer gebaut war. Und zugleich rückte der Bau der Mauer, dieses mörderische Werk, das andere Stück der Vision in weite Ferne: die Einheit des Landes.

Es galt, neu nachzudenken und mit Weitsicht und Wirklichkeitssinn der neuen Lage gemäß Politik zu machen. Die Festigung von Freiheit und Demokratie im Westen hatte den vorübergehenden Preis der stärkeren Abschottung der Kommunisten und des Ostens Deutschlands. Das Erreichte im Westen war mit dem Frieden selbstverständlich. Die Entspannung, die sich international als Chance ergab, dann zu nutzen, um das bisher nicht Erreichte, nämlich die Einheit, zu fördern, das war der Sinn jener Politik des Wandels durch Annäherung. Die Vision blieb die gleiche. Der Weitblick hatte immer noch das freiheitliche, das demokratische und das einigende Deutschland vor Augen. Der Wirklichkeitssinn aber mußte eine veränderte Realität erfassen, die mit dieser unmenschlichen Konsolidierung der kommunistischen Herrschaft eingetreten war.

Willy Brandt wurde ausgezeichnet dafür, daß er die deutsch-deutsche Annäherung ohne Gefährdung des Friedens erreichte. Der Preis ging an einen praktischen Visionär, an einen Mann mit klugem Weitblick, langem Atem, untrüglichem Sinn für



Existenz jenes zweiten deutschen Staates abgefunden. Brandt wies den Weg in die neue Zeit. Er versöhnte viele durch die alte Bundesrepublik geprägte Deutsche mit dem anderen Teil des Landes.

Als er starb, ging ein Großer von uns, beklagten wir den Verlust eines Staatsman-

nes, auf den wir stolz sein konnten. Die Welt sah es ähnlich - schon zu Lebzeiten Willy Brandts.

Der Friedensnobelpreis, den er vor genau 25 Jahren erhielt, belegt es.



die Wirklichkeit. Mit der Politik der Entspannung wurden die Dinge in Deutschland erträglich. Und ganz selbstverständlich hatte diese Politik auch widersprüchliche Effekte. Sie sicherte einerseits Freiheit und Demokratie im Westen erneut, durchbrach die Abschottungspraxis der Kommunisten, hielt den Zusammenhalt zwischen Ost und West aufrecht, war gut für die Bewahrung des Friedens zwischen zwei hochgerüsteten Militärallianzen. Zugleich aber verschaffte sie den kommunistischen Regierungen ein Stück Anerkennung und eine Verschnaufpause, eine gewisse Reputation. Das wird im nachhinein von manchen beklagt. Wer aber redlich ist, wird nicht behaupten können, daß Entspannungspolitik ohne diese Konsequenzen möglich gewesen wäre. Der Rest ist Rechthaberei - oder gerade der springende Punkt.

Willy Brandts Wirklichkeitssinn hat in der Entspannungspolitik auch das Aufweichen auf der anderen Seite wahrgenommen, übrigens auch auf der eigenen. In Portugal und Spanien waren in den 70er Jahren faschistische Diktaturen gefallen, nach-

dem sich eine zivilisierte Rechte herausgebildet hatte, die nicht mehr bereit war, das alte System mit schierem Gewalt zu erhalten. Etwas ähnliches zeichnete sich im Osten bei den Kommunisten ab. Als Michail Gorbatschow Generalsekretär der KPdSU wurde, war Willy Brandt elektrisiert.

Die Historiker werden irgendwann beschreiben, wie Willy Brandt auf Gorbatschow zuzug und was Gorbatschow von Willy Brandt annahm. In einer Zeit, in der die Blockkonfrontation neu auszubrechen, neu an Schärfe zu gewinnen drohte, wußte Willy Brandt, daß der Abbruch eines vertrauensvollen Gespräches eine unverzeihliche Dummheit gewesen wäre. Das sagte ihm sein Wirklichkeitssinn. Er sagte ihm kategorisch, daß mit Gorbatschow an der Spitze der KPdSU eine gravierende Änderung eingetreten war. Seit Beginn des Jahres 1989 war vieles in Fluß gekommen, viel mehr, als man zu jener Zeit, nämlich 1985, erhoffen durfte. Die Abrüstung machte Fortschritte wie nie zuvor. Der Zugriff des Sowjetimperiums auf Polen und Ungarn lockerte sich in nicht für möglich gehaltener Weise.

Freiheit und Selbstbestimmung zeichneten sich am Horizont ab. Im Sommer 1989, da glaube ich, läßt sich Erwartung und Hoffnung von Willy Brandt knapp fixieren: Schön, wenn das geschieht, was sich da in Europa abzeichnet - aber dann bitte auch für Deutschland!

Willy Brandts Haltung im später sogenannten Jahr der Deutschen war folgerichtig wie zwingend: Die Vision des freien, demokratischen und einigen Deutschland fand Zug um Zug eine Stütze in der tatsächlichen Entwicklung, und sein Wirklichkeitssinn ertastete die Chancen dieses Prozesses.

Der Satz, wonach zusammenwächst, was zusammengehört, wurde unmittelbar nach dem Bau der Mauer zum ersten Mal gesagt. Selten hat ein Mann eine Vision so hartnäckig verfolgt, selten Geschick und Glück gehabt, so viel von ihrer Verwirklichung zu erleben - nein: zu ihrer Verwirklichung beizutragen.

Daß Willy Brandt 1971 der Friedensnobelpreis verliehen worden war, hat ihm - und seiner Politik - damals sehr geholfen. Es war eine Auszeichnung für ihn, für die, die mit ihm stritten, wie beispielsweise Walter Scheel. Die friedliche Herstellung der deutschen Einheit im Jahre 1990 hat die Auszeichnung von 1971 über jeden Zweifel hinaus bestätigt. Diese Auszeichnung Willy Brandts war und ist zugleich eine Aufforderung, eine neue Vision im Sinne der Begründung für den Friedensnobelpreis zu formulieren: Europa zu vollenden, das heißt, seine demokratische Verankerung und seine Integration zu vertiefen, und nicht Europa, wie wir fahrlässig sagen, zu erweitern, sondern es tatsächlich zu vollenden und in seine Integration die mittelost- und südosteuropäischen Staaten einzubeziehen. Schließlich gilt es, den Kontinent zu gründen auf Recht und gegenseitiges Vertrauen - und sich bei den anstehenden Schwierigkeiten nicht überwältigen zu lassen. Denn man wird

in aller Regel nie von Schwierigkeiten überwältigt, sondern allenfalls von der Resignation vor ihnen.

Willy Brandt war kein Mann, der resignierte. Er war ein Mann, der Rückschläge erlebt hat, aber immer neu mit Wirklichkeitssinn und Weitsicht an seiner menschenfreundlichen Vorstellung eines guten Deutschland gearbeitet hat.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist stolz auf diesen Mann.

Bei der Einweihung des Willy-Brandt-Hauses ließen wir den Maler und Bildhauer Rainer Fetting eine Plastik schaffen, von der ich der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung eine Nachbildung zu guten Händen übergeben möchte.

Nehmen wir uns ein Beispiel an Willy Brandt.



Die Gäste im Bürgersaal des Rathauses Schöneberg



Eröffnung der Dauerausstellung
„Um die Freiheit kämpfen - Willy Brandt. 1913 - 1992“

Grußwort des Staatsministers beim Bundeskanzler

Anton Pfeifer

Sehr geehrter Herr Bundespräsident Scheel,
sehr geehrter Herr Bundespräsident v. Weizsäcker,
sehr geehrter Herr Regierender Bürgermeister,
sehr geehrter Herr Ministerpräsident,
sehr geehrter Herr Kollege Scharping,
sehr verehrte Frau Dr. Seebacher-Brandt,
meine Damen und Herren,

als das von der Bundesregierung in das Kuratorium der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung entsandte Mitglied freue ich mich, daß diese erste große öffentliche Veranstaltung der Stiftung - ebenso wie die Eröffnung der Willy-Brandt-Ausstellung - weit über Berlin hinaus große Aufmerksamkeit und eine gute Resonanz findet. Ich überbringe Ihnen zu diesem Festakt die Grüße des Bundeskanzlers.

Mit der heutigen Feier würdigt die Stiftung einen Höhepunkt im politischen Leben Willy Brandts. Die Verleihung des Friedensnobelpreises fand mitten in einer Zeit leidenschaftlicher Debatten über die neue Ostpolitik statt, die untrennbar mit Willy Brandts Namen verbunden ist und die ich damals als neu gewählter Abgeordneter im Parlament miterlebt habe.

Mir ist diese Diskussion vor allem wegen ihres großen Ernstes und ihrer Leidenschaftlichkeit noch lebhaft in Erinnerung. Regierung und Opposition haben sich damals nichts geschenkt. Aber ich denke, es war und ist unbestritten, daß in der durch die neue Ostpolitik ausgelösten Auseinandersetzung ein tiefer Friedenswillen in allen demokratischen Parteien der Bundesrepublik Deutschland zum Ausdruck kam.

Die Verleihung des Friedensnobelpreises war in allererster Linie eine Auszeichnung für Willy Brandt und seine Politik. Sie war auch eine Anerkennung für diejenigen, die mit ihm diese Politik konzipiert und getragen haben. Aber ich denke, sie war darüber hinaus ebenso eine Anerkennung der Verständigungsbereitschaft der zweiten deutschen Demokratie.

Willy Brandt gehört zu den großen Staatsmännern unseres Jahrhunderts. Er hat wie nur wenige zum Ansehen unseres Vaterlandes in der Welt beigetragen. Er war geprägt von den Erfahrungen mit zwei totalitären Diktaturen auf deutschem Boden. Er setzte auf den Geist der Versöhnung zwischen den Deutschen und ihren Nachbarn. Stets verstand er sich als deutscher Patriot, Europäer und Weltbürger zugleich.

Als die Mauer fiel und die Chance zur deutschen Einheit sich abzeichnete, gehörte er zu den ersten, die für einen partiübergreifenden Konsens in dieser Schicksalsfrage unserer Nation warben. Und er sah in jenen Tagen auch sehr deutlich, daß deutsche Einheit und europäische Einigung zwei Seiten der gleichen Medaille sind. Gerade in dieser Frage bestand zwischen ihm und Helmut Kohl volle Übereinstimmung.

Willy Brandt hat seine europäische Überzeugung einmal wie folgt formuliert: „Menschen, die mir freundlich gesonnen sind, bemerken dann und wann, der Tag, an dem sich die Deutschen in Freiheit vereinten, müsse die Erfüllung meines politischen Lebens sein. Das ist zu kurz gedacht und zu eng. Ich möchte den Tag sehen, an dem Europa eins geworden ist.“

Mehr noch verstand Willy Brandt sein Wirken als Teil einer Politik, die den Frieden über die europäischen Grenzen hinaus in den Blick nehmen muß. Deshalb galt seine Sorge auch der Überwindung des Elends in der südlichen Hemisphäre. Als Vorsitzender der Nord-Süd-Kommission



engagierte er sich für die eine zusammenwachsende Welt. Klar hatte er erkannt, daß dies nicht nur ein moralischer Imperativ ist: Unser Wohlstand hat auf Dauer keinen Bestand, wenn wir nicht lernen, anderen zu menschenwürdigen Lebensbedingungen zu verhelfen. Die außergewöhnliche Wertschätzung, die Willy Brandt über seinen Tod hinaus weltweit genießt, beruht nicht zuletzt auf seinem Eintreten für diesen Ausgleich zwischen Nord und Süd.

Unverändert gilt, was er in seiner eindrucksvollen Rede als Alterspräsident des ersten Deutschen Bundestages nach der Wie-

derherstellung der deutschen Einheit formulierte: „Wir haben die Einheit Deutschlands im Innern zu vollenden, die Einigung Europas voranzubringen und unserer gewachsenen Mitverantwortung in der Welt gerecht zu werden.“

Ich denke, es ist auch eine Aufgabe der Stiftung, sich dieses Vermächtnisses Willy Brandts mit Nachdruck anzunehmen und es weiterzureichen. Deshalb freue ich mich, daß die Arbeit der Stiftung einen so guten Anfang nimmt. In diesem Sinne wünsche ich der weiteren Tätigkeit der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung alles Gute und viel Erfolg!

In Erinnerung an Willy Brandt Festrede des Ersten Bürgermeisters a.D.

Dr. Klaus von Dohnanyi

Wir sind heute zusammengekommen, um uns eines großen Mannes und eines wichtigen Tages in seinem Leben und unserer Geschichte zu erinnern.

Am 20. Oktober 1971 wurde die Verleihung des Friedensnobelpreises 1971 an Bundeskanzler Willy Brandt bekannt gegeben. Die Vorsitzende des Komitees zur Verleihung des Friedensnobelpreises, Aase Lionäs, begründete die Entscheidung in der Feierstunde am 10. Dezember des Jahres wie folgt:

„Das Nobelkomitee des Norwegischen Storting hat in diesem Jahr beschlossen, den Friedensnobelpreis einem Mann zu verleihen, der im Laufe seines aktiven politischen Lebens das Friedensideal zu seinem Leitstern gemacht hat - Bundeskanzler Willy Brandt.“

In einer einfühlsamen Nachzeichnung des ebenso verschlungenen wie gradlinigen Lebensweges Willy Brandts fährt Lionäs fort:

„Die Ostpolitik Brandts ist ein Versuch, den Haß zu begraben und im Geist des guten Willens Versöhnung über die Massengräber des Krieges hinaus zu finden. Wie gern er persönlich dazu bereit ist, im Namen seines Landes dieser Versöhnungsaufgabe zu dienen, bezeugt sein Kniefall vor der jüdischen Gedenkstätte im früheren Ghetto in Warschau.“

Fragt man heute einen 30jährigen Familienvater in Berlin, Leipzig oder München nach den Ereignissen, die in den 60er Jahren zur Entwicklung und Formulierung der „Ostpolitik“ geführt haben, oder gar nach Einzelheiten dieser Politik, wird man auf wenig Wissen stoßen. Aus der Regierungs-

zeit Brandts werden der kniende Willy Brandt in Warschau, vielleicht das fehlgeschlagene Mißtrauensvotum gegen ihn 1972 im Bundestag und eventuell das Stichwort „Ostpolitik“ erinnert. Mehr wird kaum noch in der Erinnerung geblieben sein. Verständlich: Denn zu Beginn der Regierung Brandt war der heute 30jährige Familienvater schließlich kaum drei Jahre alt; als Willy Brandt 1974 zurücktrat, war er noch in der Grundschule; und als Helmut Kohl und damit wieder die CDU/CSU das Ruder übernahmen, war er noch immer ein Schüler.

Die kurzen und ruhmreichen Jahre der sozialliberalen Regierung Brandt/Scheel liegen fast ein Vierteljahrhundert zurück; aus der Regierung Schmidt/Genscher sind für die meisten Deutschen nur die Personen des Bundeskanzlers Helmut Schmidt und seines Außenministers Hans-Dietrich Genscher lebendige Erinnerung. Die Zeit und der große Umbruch nach dem Fall der Mauer haben von den Jahren sozialdemokratischer Führung der Bundespolitik wenig übrig gelassen im Gedächtnis der Menschen. Jedenfalls im Bewußtsein der jüngeren Generation.

Wenn wir in dieser Stunde an diese Jahre und an den triumphalen moralischen Höhepunkt deutscher Politik im Jahre 1971 erinnern, dann sollte das mehr sein als eine gelegentliche Geschichtsstunde. Es geht, so meine ich, auch nicht in erster Linie um eine erneute Ehrung Willy Brandts, dem wir uns noch immer in Wärme, Verehrung und politischer Nähe verbunden fühlen und der wohl wie kein anderer Staatsmann Deutschlands nach 1945 in das Gedächtnis der Welt eingegangen ist.

Historische Gedenktage haben aber nur so lange einen Sinn, als die erinnerte Historie auch der Gegenwart noch etwas sagt. Was könnten die Erfahrungen der „Ostpolitik“ oder der „Entspannungspolitik“, die ja Produkte des Kalten Krieges waren, für die Zeit nach dem Kalten Krie-

ge überhaupt noch bedeuten? Grundlage und Gegenstand der sozialliberalen Außenpolitik war die Teilung Deutschlands und Europas durch die totalitäre Sowjetunion. Diese gibt es inzwischen nicht mehr; durch ihren Zusammenbruch wurde die Wiedervereinigung Deutschlands und Europas möglich. Außenpolitisch haben wir also heute völlig andere Voraussetzungen, als sie für die Politik Willy Brandts bestanden, deren krönende Anerkennung die Verleihung des Friedensnobelpreises vor 25 Jahren war.

Gewiß, der Friedensnobelpreis für einen deutschen Bundeskanzler, kaum ein Vierteljahrhundert nach dem von den Deutschen angezettelten und mit so vielen Verbrechen begleiteten Zweiten Weltkrieg, war fast ein Wunder. Drei Deutsche hatten diese Ehrung zuvor erfahren: der Industrielle, Außenminister und Reichskanzler Gustav Stresemann, der im Jahre 1926 gemeinsam mit Aristide Briand und Sir Joseph Austen Chamberlain für die Verständigungspolitik nach Westen den Friedensnobelpreis erhalten hatte; der Pazifist und langjährige Vorsitzende der Deutschen Friedensgesellschaft Ludwig Quidde (1927), der furchtlose Journalist Carl von Ossietzky, dem im Jahre 1936, in Gestapo-Haft sitzend, der Friedensnobelpreis verliehen wurde und für dessen Nobelpreisehrung sich Willy Brandt als junger Emigrant in Norwegen eingesetzt hatte.

Ein Bundeskanzler nach dem Zweiten Weltkrieg in dieser Reihe - das war nicht nur eine Auszeichnung für ihn, sondern auch für die geteilte Nation im Westen. Und es war eine Auszeichnung für das Komitee selbst und für das applaudierende Ausland, das mit dieser Anerkennung deutscher Politik auch ein großzügiges Zeichen der Rückkehr Deutschlands in die Gemeinschaft der freien Völker gesetzt hatte. So verstand auch Willy Brandt die Auszeichnung, wenn er in seiner Dankesrede am 10. Dezember in Oslo ausführte:

„Sie werden es richtig auffassen, wenn ich sage, wie sehr mich in diesen Tagen und Wochen gefreut hat, daß viele - nicht nur in meinem Land - dies als etwas begreifen, was sie alle mit angeht. Und wenn ich dies hinzufügen darf: Wieviel es mir bedeutet, daß auf meine Arbeit ‚im Namen des deutschen Volkes‘ abgehoben wurde. Daß es mir also vergönnt war, nach den unauslöschlichen Schrecken der Vergangenheit den Namen meines Landes und den Willen zum Frieden in Übereinstimmung gebracht zu sehen.“

Möglich gemacht wurde diese Politik durch weitsichtigen Realitätssinn. Durch großen Mut auf einem schwierigen Weg außenpolitischer Entscheidungen, die dem kurzatmigen Drängen einer vorurteilsbeladenen öffentlichen Meinung nicht nachgegeben hatten. „Ostpolitik“ oder „Entspannungspolitik“ waren die konkrete „Kunst des Möglichen“ unter den Machtverhältnissen des Kalten Krieges.

Das Verdienst an der nach 1989 in Deutschland und im Osten Europas wiedergewonnenen Freiheit wird heute partiell reklamiert. Die einen erklären mit geschwollener Brust, nur die Beharrlichkeit, mit der sie auch im Entspannungsprozeß die Einheit Deutschlands und Europas verfolgt hätten, habe am Ende den Fall der Mauer herbeigeführt; die anderen heben hervor, daß ohne die von ihnen eingeleitete Entspannungspolitik die Mauer nicht gefallen und der friedliche Rückzug der Sowjetunion auf die alten Grenzen Rußlands niemals möglich gewesen wäre; denn das erforderliche Vertrauen der sowjetischen Führung in eine solche Entwicklung wäre ohne die europäische Ordnung der Entspannung, wie sie in der Akte von Helsinki vereinbart worden war, nicht denkbar gewesen.

Mir scheint der Streit müßig. Vermutlich ist beides richtig. Doch einen dritten



und einen alles überragenden vierten Faktor sollten wir sehen, wenn wir die großen Veränderungen von 1989 und die Bedeutung und die Folgen der weltweiten Entwicklung auch für unsere heutige Lage verstehen wollen.

Allem voran ging eine wichtige Grundentsatzentscheidung: die Anwesenheit der Truppen der westlichen Besatzungs- und später Schutzmächte in Westdeutschland und in Berlin, hinter den Panzerlinien des Warschauer Paktes. Diese alliierten Truppen hätte es ohne die eindeutige Westbindung der alten Bundesrepublik und ohne unsere Bereitschaft zu aktiver Integration in den europäischen Einigungsprozeß und in die NATO nicht gegeben.

Wenn man also heute die Politiken der „Stärke“ und die der „Entspannung“ jeweils als Ursachen dafür anführt, daß es zur Wiedergewinnung der Freiheit in Mittel- und Osteuropa kommen konnte, dann muß man als ihre Grundlage die Politik Konrad Adenauers anerkennen, ohne die weder die Politik der Stärke noch die der Entspannung denkbar gewesen wären. Aase Lionäs führte dazu in ihrer Laudatio für

Willy Brandt am 10. Dezember 1971 aus:

„Als die Bundesrepublik 1949 gegründet wurde, wurde Konrad Adenauer ihr erster Kanzler. In seiner ersten Regierungserklärung sagte Adenauer, Westdeutschland sei ein Teil der westeuropäischen Welt. Mit dieser Beurteilung der internationalen Situation als Ausgangspunkt bemühte die Bundesrepublik sich um eine organisierte wirtschaftliche und militärische Zusammenarbeit in Westeuropa.“

Und sie fuhr fort:

„Diese friedenspolitische Zielsetzung löste Deutschland aus der Isolation und deren Gefahren und führte zum Abschluß des EWG-Vertrages und der Gründung der Europäischen Gemeinschaft im Jahre 1958.“

Drei große politische Entscheidungen gehören also zunächst zusammen, wenn wir die veränderte Lage von 1989 betrachten: die Entscheidung zur Westintegration und zur Verteidigung Westeuropas; das unbeirrte Festhalten an dem Ziel der deutschen Einheit; und schließlich die Politik zur Öff-

nung gegenüber dem Osten, die Entspannungspolitik oder Ostpolitik der Regierung Brandt/Scheel.

Die beiden Eckpfeiler dieser politischen Grundkonzeption, Westintegration und Ost-Entspannung, waren beide Ausdruck eines realpolitischen Mutes, denn sie mußten zunächst gegen den Strom der jeweiligen öffentlichen Meinung durchgesetzt werden.

Die Mehrheit der SPD hatte, wie wir nicht vergessen haben, die Adenauersche Westintegration unnachsichtig bekämpft. Adenauers kluge Bereitschaft, die Ruhrbehörde 1949 gewissermaßen als ersten Schritt einer Europäisierung des deutschen Gewichts in Europa zu akzeptieren, wurde von Herbert Wehner im Bundestag in den frühen Morgenstunden des 15. November 1949 erregt herausgefordert: „Sind Sie noch ein deutscher Kanzler?“ Und Kurt Schumacher antwortete Wehner spontan: „Der Bundeskanzler der Alliierten“. Wichtige Teile der Politik Adenauers, wie zum Beispiel die für die Westintegration unerläßliche Wiederbewaffnung und die Mitgliedschaft in der NATO, hatten auch in der Bevölkerung zunächst keine Mehrheit. Aber sie waren das unerläßliche Fundament der „Ostpolitik“, wie Willy Brandt in seiner ersten Regierungserklärung als Bundeskanzler am 28. Oktober 1969 gesagt und anläßlich der Unterzeichnung des Moskauer Vertrages in einer Rede an das deutsche Volk am 12. August 1970 bekräftigt hatte:

„Unser nationales Interesse erlaubt es nicht, zwischen dem Westen und dem Osten zu stehen. Unser Land braucht die Zusammenarbeit und die Abstimmung mit dem Westen und die Verständigung mit dem Osten. Das deutsche Volk braucht den Frieden in vollem Sinne des Wortes auch mit den Völkern der Sowjetunion und allen Völkern des europäischen Ostens.“

Und er fügte hinzu:

„Dies war und dies ist unsere Richtlinie, und diesem Friedenswerk dient der Vertrag.“

Er selbst, Willy Brandt, hatte auf dem Hamburger Parteitag 1950 gegen die harte Position Kurt Schumachers und der großen Mehrheit der Partei für einen Beitritt zum Europarat plädiert und gehörte zu der kleinen Gruppe von nur 14 anderen Delegierten, die sich der Linie Schumachers versagten.

So unpopulär wie die Politik der Wiederbewaffnung zunächst war, so umstritten war auch die Politik der Entspannung, die nach dem Bau der Mauer unausweichlich geworden war. Wie oft in der Politik gab es zwar Vorläufer in wissenschaftlichen Überlegungen und programmatischen Erklärungen, zum Beispiel der Kirchen; und die Ostpolitik fand wichtige, frühe Unterstützung bei großen Publizisten wie Rudolf Augstein und Henri Nannen. Aber der vehemente Haß, der Willy Brandt und seinen Mitstreiter Egon Bahr von rechts schon traf, als die Politik der „kleinen Schritte“ und die Strategie des „Wandels durch Annäherung“ erkennbar wurden, der Ruf „Verräter“, „Landesverräter“, den Brandt und Scheel noch in ihrer Regierungszeit hören mußten, sind bei den Zeitgenossen unvergessen. Wer die haßerfüllten Debatten und die tiefe Skepsis nachliest, die mit der unvermeidlichen Konkretisierung der Entspannungspolitik in Verträgen und Entscheidungen verbunden waren, kann noch heute ahnen, wieviel Mut damals dazu gehörte, den politisch ausgetretenen, aber eben auch ziel- und aussichtslos gewordenen Weg der Hallstein-Doktrin zu verlassen.

Es gab diese Skepsis auch in den eigenen Reihen der Sozialdemokratie. Ich werde nie vergessen, wie im Zusammenhang mit Unruhen in den Reihen der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages bei den umstrittenen Worten der Regierungs-

erklärung Willy Brandts 1969 „von den zwei Staaten in Deutschland“, Herbert Wehner, hinter dem ich zufällig im Plenum saß, sich zu mir umwandte und mit dem ganzen ungebändigten Zorn, den sein Gesicht ausdrücken konnte, mich anzischte: „Das kommt davon, wenn man solchen Unsinn aufschreibt“. Dabei war mein Redebeitrag zur Regierungserklärung Willy Brandts doch nur der kleine Satz „Die Schule der Nation ist die Schule“ gewesen - mit den „beiden Staaten in Deutschland“ hatte ich ja - leider - gar nichts zu tun.

Beide große Entscheidungen, Adenauers Entscheidung für Westbindung, Europa, NATO-Mitgliedschaft und Wiederbewaffnung und die Entscheidung von Willy Brandt und Walter Scheel, die Hallstein-Doktrin zu verlassen und direkte Verhandlungen mit der DDR-Regierung aufzunehmen, beide großen Entscheidungen waren zunächst unpopulär und erforderten den Mut, über die Tagespolitik hinauszublicken; gegen den Strom der öffentlichen Meinung zu schwimmen. Allerdings: Beide Male war eben mit realistischem Weitblick auch ersichtlich, daß nur dieser Weg überhaupt ein gangbarer Weg für Deutschland sein würde - und daß die Fortsetzung des scheinbar bequemeren Weges am Ende in eine Sackgasse führen mußte.

Für die rechtzeitige Westintegration fehlte der SPD in den 50er Jahren dieser Weitblick - und angesichts der Volksstimmung vielleicht auch der Mut. Für die nach Sputnik und Mauerbau notwendige Politik der Entspannung fehlten Weitblick und Mut dann der CDU/CSU. Nachdenklich sollte uns bei dieser Beobachtung heute machen, daß es beide Male die Opposition war, der die Kraft zu einem realistischen Blick fehlte; ein Hinweis darauf, daß Opposition blind machen kann für die politischen Notwendigkeiten einer neuen Zeit. Das galt allerdings, will ich in Fairneß hinzufügen, nicht für Walter Scheels opposi-

tionelle FDP während der großen Koalition. Am Ende bleibt doch der Opposition niemals erspart, sich den Realitäten und ihren Zwängen zu stellen, wie die Rede Herbert Wehners 1960 im Deutschen Bundestag und wie die Fortführung der Ostpolitik durch CDU/CSU nach Übernahme der Regierung durch Helmut Kohl 1982 zeigen.

Ich komme nun zu dem, was ich als den wichtigsten Faktor ansehe, der die Veränderungen von 1989 herbeigeführt hat. Es ist der Faktor, der auch heute noch weiterwirkt. Denn der Zusammenbruch der Sowjetunion und die Wiederkehr der Freiheit nach Ostdeutschland und Osteuropa wurden zwar im Kern von Westintegration, Verteidigungsbereitschaft und Entspannungspolitik begleitet, aber die Kraft, die das Sowjetsystem zum Einsturz brachte, war letztlich dieselbe Kraft, die heute auch unsere westlichen Gemeinwesen erschüttert: der Prozeß, den man im Tagesjargon „Globalisierung“ nennt.

Wenn Akten und Archive eines Tages wirklich offen sein werden und tiefergehende Studien aus größerer zeitlicher Entfernung die ökonomischen, sozialen und politischen Entwicklungen im totalitären Sozialismus wirklich erfassen können, wird man, so meine ich, nur noch ein Lächeln für die These haben, der NATO-Nachrüstungsbeschluß oder Reagans „star war“-Vision hätten die Sowjetunion überfordert, totgerüstet und zur Erschöpfung gebracht. Diese zukünftigen Studien werden nämlich zeigen, daß die Ursachen der Probleme, die am Ende zwangsläufig zum Zusammenbruch der totalitären Sowjetdiktatur führen mußten, im System selbst lagen und schon in den 20er Jahren sichtbar wurden, als Lenin in einer ersten Wende versuchte, die dogmatischen Grundlagen des Marxismus zu verlassen und eine „Neue Ökonomische Politik“, die sogenannte NEP, einzuleiten. Weitsichtige Beobachter haben schon damals die anthropologische

Absurdität des Sowjet-Experiments erkannt und sein notwendiges Scheitern vorausgesehen. Die Scheinblüte der Sowjetunion in den 30er Jahren und die vom deutschen Angriffskrieg erzwungene Solidarität der Sowjetvölker täuschten dann nur wenig über Stalins Tod hinaus eine innere Stärke vor, die in Wahrheit von einer Krise zur nächsten immer deutlicher werden ließ, daß die Widersprüche im System unüberbrückbar blieben.

Eine Weltmacht kann schließlich nicht ohne die Welt eine Weltmacht sein; eine Weltmacht muß Teil der Welt sein, um Weltmacht zu bleiben. Eine Weltmacht jedoch, die sich hinter einer Mauer verbirgt und dennoch nicht umhin kann, ihre Eliten durch eine Mauerspalte in die Welt zu schicken, die von diesen Eliten aber dann fordert, die selbst gesehene Welt durch die Brille und mit den Scheuklappen einer dogmatischen, die Wirklichkeit leugnenden Parteidoktrin zu betrachten: Ein solches System kann keine Weltmacht bleiben. Ein solches Gesellschaftssystem wird in einer durchlässigen Welt-Informationsgesellschaft auch ohne jeden anderen äußeren Einfluß irgendwann zusammenbrechen. Denn einerseits kann ein solches System auf seine Mauer nicht verzichten, da es ohne diese Mauer ja in einen meßbaren Wettbewerb geraten würde. Mit Mauer jedoch kann ein solches System wiederum keinen Bestand haben, weil der Widerspruch zur Welt-Wirklichkeit ständig wächst.

Ich verstehe nicht, wie im Streit über die Gründe des Zusammenbruchs des Kommunismus diese entscheidende, evolutionäre Kraft der allgemeinen Entwicklung der Menschheit so unterschätzt werden kann. Sieht man denn nicht, daß der historische Prozeß nicht nur die Sowjetunion, sondern auch China umgewälzt hat und das sowjet-unabhängige Jugoslawien? Am Ende wird doch sicher auch das heutige politische System in Nordkorea und Kuba zum Ein-

sturz kommen: Das kann doch nicht alles an den Nachrüstungsraketen gehangen haben, deren Aufstellung erst Anfang der 80er Jahre beschlossen wurde!

Es ist für uns lebenswichtig zu begreifen: Das kommunistische System ist von derselben, unwiderstehlichen Kraft gebrochen worden, die nun auch Risse in unser sozialstaatlich organisiertes Gesellschaftssystem des Westens sprengt. Diese Kraft heißt Welt-Informationsgesellschaft oder, was letztlich dasselbe ist, Welt-Markt, Welt-Wettbewerb oder als Prozeß: Globalisierung.

Willy Brandt hatte, wie Henry Kissinger in einem Nachruf im Oktober 1992 schrieb, die „unvermeidliche Evolution des sowjetischen Systems vorausgesehen“. Heute ist es unsere Aufgabe, diesen evolutionären Prozeß und seine Bedeutung für die westlichen Gesellschaften zu verstehen. Aber so, wie es in Willy Brandts Tagen Mut erforderte, die Starrheit des Kalten Krieges aufzugeben und sich veränderten Verhältnissen zu stellen, so erfordert heute Politik den Mut, unsere bisherigen Positionen zu überprüfen und neue politische Standorte zur Sicherung des Bewährten und Gewonnenen zu finden. Wenn wir uns also heute der Politik Willy Brandts erinnern, die vor 25 Jahren mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet wurde, dann möchte ich den Tag dafür nutzen, an den Satz aus der Rede Willy Brandts einen Tag nach der Preisverleihung in Oslo anzuknüpfen, den er in seiner Erinnerung besonders hervorhebt und den ich als den Schlüsselsatz seiner politischen Arbeit überhaupt verstehe. Willy Brandt sagte damals:

„Wenn in der Bilanz meiner politischen Wirksamkeit stehen würde, ich hätte einem neuen Realitätssinn in Deutschland den Weg öffnen helfen, dann hätte sich eine große Hoffnung meines Lebens erfüllt.“

Nun ist mir natürlich klar, daß Willy Brandt diesen Satz vor 25 Jahren auf Fragen des

politischen Umgangs der Deutschen mit der unerträglichen Teilung der Nation und ihrer Hauptstadt Berlin sowie auf die Abtretung früherer deutscher Gebiete bezog. Heute haben wir damit kaum noch Probleme; auch die deutsch-tschechische Erklärung wird irgendwie zustande kommen.

Ob wir allerdings den Realitätssinn schon zurückgewonnen haben, der mit den Aufgaben der deutschen Nation in Europa verbunden ist und sein wird, daran mag man zweifeln. Ich bin nicht sicher, ob Willy Brandt selbst in den bewegenden Monaten, die zur deutschen Wiedervereinigung führten, den Eindruck hatte, daß seine politischen Weggenossen den Realitätssinn wiedergewonnen hatten, den er sich so sehr als das Ergebnis seiner politischen Arbeit gewünscht hatte. Das mag jeder für sich selbst beantworten.

Aber Willy Brandt war ja nicht nur in der Außenpolitik ein Pragmatiker, ein Mann mit Realitätssinn. Die Berufung von Alex Möller zum Finanzminister, von Karl Schiller zum Wirtschaftsminister und von Hans Leussink zum Bildungs- und Wissenschaftsminister bedeutete die Berufung von drei sachverständigen Pragmatikern in die Schlüsselressorts der inneren Reformen. Und das in einer Zeit, in der ein wachsender linker Parteiflügel der SPD, in der Jusos und APO gerade in diesen Feldern umstürzende Reformen forderten. Schon diese Personenwahl deutet auf eine sehr pragmatische innenpolitische Einstellung Willy Brandts. Daß er angesichts der zentralen Aufgaben und Belastungen in der Außenpolitik auf dem Felde der inneren Reformen sicher auch manches ausufern ließ und nicht so fest in der Hand hielt, wie seine Mitstreiter sich dies gewünscht hätten, steht auf einem anderen Blatt. Aber ich meine, wer sich heute auf Willy Brandts Politik der inneren Reformen beruft, der darf das ständige Bemühen Willy Brandts um einen geschärften Realitätssinn nicht vergessen. Ein Satz aus seiner Dankesrede

bei der Entgegennahme des Friedensnobelpreises sollte deshalb hier nicht fehlen. In Erinnerung an die testamentarische Verfügung Alfred Nobels sagte er: „Man muß [...] wissen: Politisches Träumen kann ich mir kaum noch leisten“.

Die politische Debatte in Deutschland wird heute wirtschafts- und europapolitisch geprägt; sie gewinnt damit zwangsläufig immer stärker einen sozialpolitischen Akzent. Das ist angesichts der evolutionären Kräfte, die Wissenschaft und Technik in der nun entstehenden Weltgesellschaft freisetzen, nur allzu verständlich. Denn diese Kräfte haben eine tiefe Auswirkung auf unsere sozialstaatliche Konzeption und machen damit die Innenpolitik in allen Nationen zu einem zentralen Thema, auch ihres außenpolitischen Handelns.

Deutschland aber hat eine besondere gesellschaftspolitische Tradition. Was gelegentlich kritisch - und oft fälschlich - als sogenannter „deutscher Sonderweg“ beschrieben wurde, hat in einer Bezeichnung wohl einen wahren Kern: nämlich in der Bedeutung, die unsere Wirtschaftsgesellschaft für die Identität der Nation hat. Und diese Identität wird wiederum besonders von Markteffizienz und Sozialstaat als Merkmal moderner deutscher Geschichte geprägt. Schon im 19. Jahrhundert hatten die deutschen Staats- und Wirtschaftswissenschaften, wie auch die deutsche Politik, die eher angelsächsische Auffassung, daß nämlich auch die Arbeit nur eine Ware und nichts als eine Ware sei, nie geteilt. Die Prinzipien von Adam Smith wurden in Deutschland mit größerem Vorbehalt diskutiert als in anderen Ländern. Die deutsche Nationalökonomie war bemüht, über den „Markt pur“ hinauszudenken. Bismarcksche Sozialgesetzgebung, soziale Marktwirtschaft, Mitbestimmung und der sozialstaatliche Konsens unserer Gesellschaft, also das sogenannte „deutsche Modell“, sind bis heute ein zentraler Bestandteil unseres nationalen Be-

wußtseins. Sie sind nicht erst im Boden der Bundesrepublik „West“ gewachsen; ihre Wurzeln reichen tiefer, und zwar weit in die germanischen Teile der deutschen Rechtsgeschichte.

Diese Tradition fand historisch in der SPD einen wichtigen Partner, als die SPD ein Bündnis der starken, aber politisch entrechteten Menschen in Deutschland mit den sozial Benachteiligten herstellte. Dies war das Konzept Karl Schillers, das Willy Brandt auch seiner Regierung zugrunde legte. Vergessen wir aber nie: Das Bündnis muß ein Bündnis der Starken *für* die Schwachen und nicht ein Bündnis *mit* den Schwachen sein. Willy Brandt sah hier eine Gefahr für die Sozialdemokratie. Ich zitiere aus seinen Erinnerungen:

„Der deutschen Sozialdemokratie ist eine Tradition angeboren, in der der Mißerfolg moralisch in Ordnung geht und der Maßstab des Erfolges einen anrühigen Beigeschmack hat.“

Und er befürchtete 1972/1973, daß daraus der Eindruck entstehen könne, daß das „eine oder andere zwangswirtschaftliche Experiment zu machen sei“.

Das deutsche Modell ist gegenwärtig durch dieselben Kräfte, die den praktizierten Sozialismus im Osten zum Einsturz brachten, dem heftigsten Härte-test seiner Nachkriegsgeschichte ausgesetzt. Kann die ungewöhnliche deutsche Verbindung zwischen Sozialstaat und erfolgreicher Wettbewerbswirtschaft bewahrt werden? Gibt es eine soziale und doch wettbewerbsfähige Konstruktion für Deutschland und vielleicht für Europa, die unter den Bedingungen von technischem Fortschritt, Rationalisierung und Globalisierung Bestand haben kann?

Als die alte Bundesrepublik-West gegründet wurde, sahen Adenauer und Erhard schärfer als die damalige SPD-Führung, was die wirtschafts- und sozialpolitische Herausforderung der Zeit war: West-

integration und Marktwirtschaft. Beide waren, wie gesagt, zunächst nicht populär in einer Zeit, in der Verdruß über die Niederlage und akute Versorgungsnot im Vordergrund standen. Aber der Mut beider, Adenauers und Erhards, schuf am Ende das Fundament, auf dem die Republik gedeihen konnte.

Doch ihre Erwartungen eines kurzfristigen *roll back* des Sowjetsystems durch eigene politische Stärke trugen ebenso wie der Glaube manch anderer an eine sich allein und selbst regulierende Marktwirtschaft. Außenpolitik und Wirtschaftspolitik verlangten schon in den 60er Jahren Erweiterung und Erneuerung. Die Bewahrung des äußeren und des sozialen Friedens bedurfte neuer politischer Wege.

Der Mut von Willy Brandt, Walter Scheel und Egon Bahr zur Ostöffnung und die mutige, intelligente Weitsicht von Karl Schiller für einen modernen Sozialkonsens unter veränderten Bedingungen erneuerten dann in den 60er Jahren das Nachkriegsfundament der „alten“ Bundesrepublik.

„Entspannungspolitik“ und Politik der „konzertierten Aktion“ setzten die Markierungen auch für die Zeit nach der sozialliberalen Koalition. CDU und CSU hatten die Stunde nicht verstanden.

Doch seit der ersten großen Ölkrise und mit den wachsenden Auswirkungen einer beschleunigten Verflechtung der Weltwirtschaft, seit Flugzeug und Satellitenfunk jede Ecke der Welt zur Nachbarschaft gemacht haben, sind auch die Sozialsysteme in eine neue Entwicklungsphase getreten: Sie stehen international, ob wir wollen oder nicht, in einem Wettbewerb. Wer meint, hier könne man hinter einer neuen Mauer von internationalen Sozialvereinbarungen den heutigen Stand sichern, der irrt ebenso wie diejenigen, die meinen, der Markt werde die Probleme von sich aus regeln. Wir brauchen vielmehr eine Politik des sozialen Konsenses, die konzipiert und konstru-

iert ist für die bewegten Jahre neuer Technik und neuen Wettbewerbs in einer offenen Gesellschaft, die vor uns liegt.

In ihr würden die Konflikte noch härter sein, wenn die notwendigen Reformen weiter aufgeschoben blieben. Wiederum bedarf der Sozialstaat der Erneuerung. Sollte dies nicht die Stunde derjenigen sein, die sich schon 1969 zur Aufgabe gemacht hatten, die Wirtschaftsgesellschaft zu modernisieren?

Aus dieser Sicht hat der Mut Willy Brandts für eine neue Außenpolitik, hat die Stunde der Verleihung des Friedensnobelpreises 1971 für uns heute Bedeutung: Denn zur Erneuerung unserer Gesellschaft und ihres Sozialstaates gehört heute ein Mut, wie ihn Willy Brandt, Walter Scheel, Egon Bahr und andere aufgebracht haben, als sie in den 60er Jahren nach dem alles verändernden Ereignis des Mauerbaus die Politik der Hallstein-Doktrin durch eine Politik des „Wandels durch Annäherung“ zu ersetzen sich anschickten.

Heute allerdings geht es nicht darum, die Verhältnisse dadurch zu gestalten, daß wir sie durch unsere Annäherung verändern: Heute geht es vielmehr darum, daß wir uns *selbst* den gewandelten Verhältnissen nähern. Man könnte also sagen, was wir heute brauchen, wäre eine Politik der Annäherung an den Wandel. Dies zu tun müßte sicherlich in erster Linie die Aufgabe der heutigen Bundesregierung sein. Sie müßte den Mut hierzu aufbringen. Denn wer regiert, wird nicht nur durch die neuen Wirklichkeiten härter bedrängt, er trägt auch die Verantwortung zur Bewältigung der neuen Herausforderungen. Ich nehme der Bundesregierung ab, daß sie hierum bemüht ist. Aber spüren nicht viele im Lande, daß zwar die Richtung der Debatte - Zurückschrauben der Ansprüche, Flexibilität, mehr Eigenverantwortung des Bürgers - stimmt, daß aber die konkrete Beschreitung des Weges noch nicht überzeugend? Daß noch immer ein einleuchten-

des, langfristiges und am Ende auch gerechtes Konzept der großen inneren Reformen fehlt?

Willy Brandt hatte seine Lebensaufgabe als Politiker darin gesehen, „einem neuen Realitätssinn in Deutschland den Weg öffnen (zu) helfen“. Die angelsächsisch-skandinavischen Traditionen hatten sein pragmatisches Denken hierfür ideal geprägt. An einem Tage wie heute kann die nur rückwärts gewandte Bewunderung für das Handeln großer Vorbilder nicht genügen. Ich will deswegen versuchen zu beschreiben, was wir aus meiner Sicht der Erinnerung an Willy Brandt heute schuldig sind.

Wir schulden seinem sozialdemokratischen Vermächtnis - und uns - zuallererst eine ehrliche Bestandsaufnahme der Lage und derjenigen Kräfte des Marktes, die unsere offene Gesellschaft über alle Grenzen hinweg immer stärker bestimmen werden. Wir schulden seiner internationalen Besinnung einen ehrlichen internationalen Vergleich unseres Sozialstaates mit dem unserer Wettbewerber und eine Übersicht über ihre Antworten auf die Veränderungen. Und wir schulden der sozialdemokratischen Tradition Willy Brandts - und uns - dann eine ebenso ehrliche wie kompetente Antwort auf diese neue Herausforderung. Dabei müssen wir versuchen, unserer deutschen Tradition eines wirtschaftlich effizienten und zugleich wettbewerbsfähigen Sozialstaates ebenso zu entsprechen wie den Notwendigkeiten des neuen Wettbewerbs, der sich aus technischen Umwälzungen und aus der Globalisierung ergibt. Wir schulden Offenheit im Dialog, Toleranz gegenüber Andersdenkenden in den eigenen Reihen - und wir schulden ihm dann den Mut zu Entscheidungen im nationalen Interesse auch dort, wo wir bisher bezogene Positionen der Partei verlassen müßten. In dieser ernsten Lage schulden wir Willy Brandt auch, endlich Patriotismus vor Parteitaktik zu stellen.

Das alles kann und wird nicht ohne tiefgreifende Veränderungen in und bei uns selbst möglich sein. Die nochmalige Richtungsänderung der Politik müssen wir selbst herbeiführen. Wenn uns der Mut fehlen würde, den neuen Wirklichkeiten ins Auge zu sehen, dann hätten wir auch kein Recht auf sein Erbe und kein Recht auf Verantwortung in unserem Lande.

Ich habe die Hoffnung nicht verloren, daß wir diesem Anspruch gerecht werden können. Mit jedem neuen Tage kommt eine neue Chance. Wir sollten Willy Brandt die „große Hoffnung“ seines Lebens in der gesellschaftspolitischen Debatte unserer Tage endlich erfüllen: nämlich einem „neuen Realitätssinn den Weg in Deutschland geöffnet“ zu haben.

So hat er es sich anlässlich der Entgegennahme des Friedensnobelpreises vor 25 Jahren gewünscht. Und so verstehe ich sein Vermächtnis.

Die Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung ist durch Gesetz vom 25. Oktober 1994 als rechtsfähige bundesunmittelbare Stiftung des öffentlichen Rechts errichtet worden und untersteht der Rechtsaufsicht des Bundesministeriums des Innern. Ihr Sitz ist das Rathaus Schöneberg in Berlin. Die Stiftung hat den Zweck, das Andenken an das politische Wirken Willy Brandts zu wahren und seinen lebenslangen Einsatz für Frieden, Freiheit und Einheit des deutschen Volkes, für die Sicherung der Demokratie und für die Verständigung und Versöhnung

unter den Völkern zu würdigen. Damit leistet sie im Rahmen ihres politischen Bildungsauftrages einen Beitrag zum Verständnis der Geschichte dieses Jahrhunderts und der Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland.

Die Dauerausstellung „Um die Freiheit kämpfen - Willy Brandt. 1913 - 1992“ im Rathaus Schöneberg ist täglich von 10 Uhr bis 18 Uhr geöffnet. Führungen sind auf Anfrage möglich. Der Eintritt ist frei.

Die Deutsche Bibliothek - CIP-Einheitstitelaufnahme

Willy Brandt - 25 Jahre Friedensnobelpreis / [Hrsg.:
Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung. Red.: Wolfram Hoppenstedt; Carsten
Tessmer]. - Berlin: Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung, 1998
(Schriftenreihe der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung; H. 1)
ISBN 3-933090-00-8